

WOLFGANG HUBER

"Verharmlosen ist falsch"

Der Islam muss sich ebenso wie das Christentum fragen lassen, ob er den Rechtsstaat anerkennt – fordert Wolfgang Huber. Ein Gespräch mit dem evangelischen Theologen über das Verhältnis von Religion und Demokratie.

von Evelyn Finger | 25. Juni 2015 - 04:57 Uhr

DIE ZEIT: Herr Huber, der türkische Präsident hat bei den Wahlen am letzten Sonntag eine Niederlage erlitten – und damit auch seine reaktionäre Religionspolitik. Haben Sie sich darüber gefreut?

Wolfgang Huber: Erdo#an hat die Parlamentswahl zu einer Abstimmung über das von ihm angestrebte Präsidialsystem gemacht. Das kostete die AKP die absolute Mehrheit. Die Reaktion der Wähler auf Erdo#ans Bruch der Pflicht zur präsidentialen Zurückhaltung finde ich gut.

ZEIT: Ist die Re-Islamisierung der Türkei nun gescheitert?

Huber: Das kann ich noch nicht beurteilen. Die Vorstellung, die Re-Islamisierung sei nur ein Werk Erdo#ans, wäre sicher zu einfach.

ZEIT: Haben Sie Verständnis für das wachsende religiöse Selbstbewusstsein türkischer Muslime?

Huber: Religiöses Selbstbewusstsein ist nichts Schlimmes. Bedauerlich aber, dass in der Türkei der Geist der Aufklärung an den Rand gedrängt wurde. Die derzeitige Vermischung von Religion und Politik beunruhigt mich.

ZEIT: Wann haben Sie sich zuletzt über Religion wirklich geärgert?

Huber: Ärger ist nicht mein Problem. Es gibt momentan eine Verbindung von Religion und Gewalt, die mich tief erschüttert – auch weil wir bisher keine Instrumente entwickeln, um darauf zu reagieren. Wir führen nicht einmal eine vernünftige Debatte über den Dschihadismus.

Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.



Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 24 vom 11.6.2015.

ZEIT: Sie meinen den Erfolg des " Islamischen Staates "?

Huber: Der IS ist nur das extreme Beispiel für eine Versuchung, die allen Religionen innewohnt: Atavismus.

ZEIT: Der Rückfall in eine primitive Auffassung von Gesellschaft.

Huber: Und die Bereitschaft, Menschenleben zu opfern im Namen eines Gottes oder einer gemeinsamen Sache. Darin ist der IS atavistisch und modern zugleich.

ZEIT: Manche Islamwissenschaftler nennen den IS unislamisch. Andere sagen, der IS sei die konsequente Umsetzung einer seit Jahrhunderten erstarrten Theologie. Was denken Sie?

Huber: Es gibt einen Islam, der alles, was er für wahr hält, gegenüber Veränderungen absichert und behauptet, der Koran sei nicht auslegbar. Zugleich gibt es einen Islam, der sich mit geistigen Strömungen unserer Zeit verbindet und offen ist für eine friedliche Koexistenz mit Christen und Juden. Doch in den letzten Jahrzehnten erleben wir beängstigende Formen von Islamisierung: Im Iran mündete die Revolution gegen den Schah in einen verkrusteten Herrschaftsislam. Im Irak artet der Fundamentalismus nun in einen Genozid aus. Durch die massenhafte Tötung und Vertreibung von Menschen soll ein Staatsgebiet entstehen, in dem nur ein einziger Glaube Heimatrecht hat. Das ist, 67 Jahre nach der UN-Konvention gegen den Völkermord, ein Rückfall in die Barbarei.

ZEIT: Sie setzen sich klar für einen militärischen Schutz potenzieller Opfer des IS ein. Warum?

Huber: Erstens, weil wir die Verfolgten nicht im Stich lassen dürfen. Zweitens, weil Bürgerinnen und Bürger unseres Landes plötzlich zu Kämpfern des IS werden. Das Drama findet nicht nur im Irak statt, sondern ist uns ganz nah.

ZEIT: In der öffentlichen Debatte bemühen wir uns, Islam und Islamismus voneinander abzugrenzen. Wir sagen, die Religion werde von Terroristen missbraucht. So erscheint sie plötzlich sakrosankt und erhaben über Gewalt.

Huber: Aus der Gewaltgeschichte des Christentums wissen wir, dass das nicht stimmt. Religiös motivierte Gewalt muss immer als solche kritisiert werden, dazu gehört auch das Bekenntnis von Schuld. Ich habe selbst den moralischen Bankrott der Kirchen im Ersten Weltkrieg erforscht, und natürlich beschäftigen wir deutschen Protestanten uns vor dem Reformationsjubiläum 2017 mit Luthers maßloser Ablehnung der Türken und der Juden. Ohne Selbstkritik gibt es keine Selbsterkenntnis und keine Umkehr. Deshalb beunruhigt es mich, wenn Vertreter muslimischer Organisationen sagen, der IS habe mit dem Islam nichts zu tun.

ZEIT: Die Behauptung ist populär. Warum?

Huber: Viele Muslime in Deutschland haben noch immer das Gefühl, nicht vollständig anerkannt zu sein. Deshalb versuchen sie, ihre Religion abzugrenzen von deren extremen Vertretern – auch weil sie fürchten, sonst als demokratieunfähig wahrgenommen zu werden. Ich habe Verständnis für diese Furcht. Trotzdem ist die Verharmlosung des Islamismus falsch.

ZEIT: Muslimische Theologen, die Reformen fordern, ernten scharfe Kritik von muslimischen Verbänden. Warum?

Huber: Weil es schmerzt, das eigene fundamentalistische Potenzial einzugestehen. Auch christliche Theologen tun sich bis heute schwer damit. Wir Christen haben keinen Grund zur Selbstgerechtigkeit. Und doch muss sich der Islam genau wie das Christentum fragen lassen, ob er unter das Dach der Freiheit passt, den Rechtsstaat bejaht und unser Religionsverfassungsrecht anerkennt.

ZEIT: Was heißt anerkennen?

WOLFGANG HUBER

ist einer der wichtigsten deutschen Theologen der Gegenwart. Er tritt öffentlich immer wieder für ein aufgeklärtes Verhältnis der Religion zum Rechtsstaat. Als Bischof und als Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland setzte er sich für eine Kirche der Freiheit ein. Zuletzt erschien von ihm: *Ethik. Die Grundfragen unseres Lebens von der Geburt bis zum Tod* und *Handbuch der Evangelischen Ethik* (mit Torsten Meireis und Hans-Richard Reuter).

Huber: Ich verdeutliche es am Beispiel des neuen Islamgesetzes in Österreich. Österreich hat eine Tradition von Spezialgesetzen für unterschiedliche Religionsgemeinschaften. Es gibt dort ein besonderes Gesetz für die protestantischen Kirchen, für die jüdische Gemeinschaft und seit dem Jahr 1912 auch für den Islam. Schon damals wurde ihm ein Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts zuerkannt, der an bestimmte Bedingungen geknüpft war. Schon deshalb kann man nicht sagen, dass das neue Gesetz islamfeindlich wäre. In Deutschland wäre der entsprechende Schritt, Bedingungen zu definieren, unter denen einer Religionsgemeinschaft die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen werden können. Nordrhein-Westfalen hat diesen Weg bereits beschritten.

ZEIT: Im Grunde lautet die Bedingung doch: dass eine Religion sich zur Demokratie bekennt.

Huber: Ja. Dieser Weg muss weiter gegangen werden. Islamischer Religionsunterricht etwa ist nicht nur dem Islam, sondern auch der Freiheit verpflichtet.

ZEIT: Und wenn die Religionsfreiheit dazu benutzt wird, diese Freiheit zu unterminieren?

Huber: Hasspredigten sind strafbar. Egal im Namen welcher Religion.

ZEIT: Trotzdem ist nicht alles, was in Deutschland gepredigt wird, verfassungskonform: die Ablehnung von Homosexuellen und von Juden. Der Hass auf Mohammed-Karikaturisten.

Huber: Natürlich darf ein Imam Karikaturen des Propheten als nicht hinnehmbar kritisieren. Er hat auch das Recht, seine religiösen Gefühle verletzt zu sehen und das zu artikulieren. Aber er darf daraus kein Recht ableiten, den Urheber solcher Karikaturen ums Leben zu bringen. Das Furchtbare an der Debatte über *Charlie Hebdo* war, dass innerhalb und außerhalb des Islams gesagt wurde: Wer den Propheten verunglimpft, begibt sich willentlich in Lebensgefahr und ist selbst schuld. Es gibt natürlich auch eine Religionskritik, die es einfach chic findet, religiöse Symbole ins Lächerliche zu ziehen.

ZEIT: Deutsche Zeitungen drucken gelegentlich satirische Darstellungen des Christentums, aber Mohammed-Comics wie von *Charlie Hebdo* normalerweise nicht. Finden Sie das richtig?

Huber: Nein. Wir müssen eine freie kritische Auseinandersetzung mit den Religionen verteidigen. Und das Recht, Karikaturen geschmacklos zu finden. Aber ebenso wichtig ist es, den Islam als Minderheitenreligion in seiner öffentlichen Erkennbarkeit zu fördern und wenn nötig zu verteidigen.

ZEIT: Zum Beispiel gegen Islamophobie?

Huber: Genau. Aber es stecken in der Ungleichbehandlung des Islams auch Paternalismus und Bedrohungsangst. Wenn man nur aus Angst sorgsam mit dem Islam umgeht und zugleich sein säkulares Mütchen am Christentum kühlt, finde ich das sehr unerfreulich.

ZEIT: Die vom IS verfolgten Christen im Irak beklagen, es gebe in Europa eine falsche Langmut gegenüber islamistischem Gedankengut und zugleich eine mangelnde Wehrhaftigkeit gegenüber militanten Islamisten. Stimmt das?

Huber: Ich sehe für den Mangel an Entschlossenheit einen anderen Grund. Es ist tragisch, dass die Vereinten Nationen an dieser Stelle erneut versagen. Wo massive Gewalt verübt wird, muss die internationale Rechtsgemeinschaft intervenieren. Stattdessen wird es jedem Staat selber überlassen, zu definieren, welche Gegenwehr angemessen ist.

ZEIT: Die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland haben gemeinsam militärischen Schutz für Verfolgte des IS gefordert.

Huber: Wir waren uns so einig wie selten. Aber auch die Medien könnten beim Thema Schutztruppe beharrlicher sein. Da vollzieht sich eine humanitäre Tragödie. Und wir tun nichts.

ZEIT: Aus Ratlosigkeit?

Huber: Wohl auch aus einem Inselbewusstsein heraus. Wir wollen in dieser unsicheren Welt unsere Insel von Wohlstand und Gewaltfreiheit absichern. Wir schotten uns ab gegen Armut und Hunger, aber auch gegen Folter und Mord.

ZEIT: Was sagen Sie zu der Angst, unter den Kriegsflüchtlingen könnten IS-Kämpfer sein?

Huber: Wir dürfen niemanden ertrinken lassen, bloß weil er eventuell Islamist ist. Der Rechtsstaat ist stark genug, um etwaige Extremisten nach geglückter Überfahrt abzuschieben.

ZEIT: Und was halten Sie von der Integration deutscher IS-Heimkehrer?

Huber: Das hängt davon ab, was mit dem Wort "integrieren" gemeint ist. Den Wunsch, europäischen Unterstützern des IS vor ihrer Reise in den Irak den Pass abzunehmen, damit sie nicht mehr zurückkönnen, finde ich moralisch legitim. Rechtlich gibt es zur Integration keine Alternative. Das heißt aber auch, wenn Kriegsverbrecher ihre Verbrechen im Ausland verüben, haben wir die Pflicht, sie ihrer Strafe zuzuführen. Es genügt nicht, irgendwann die kommandierenden Generale in Den Haag anzuklagen. Aussteiger des IS sind eine Herausforderung für den Rechtsstaat, nicht nur für Sozialarbeiter.

ZEIT: Wer zum IS geht, der sympathisiert mit Mordplänen. Egal, ob er selbst mordet. Ist das Bekenntnis zum IS nun justiziabel oder nicht?

Huber: Volksverhetzung ist ein strafrechtlicher Tatbestand – und ein weites Feld. Wir dürfen also die Augen und Ohren nicht verschließen vor religiös motivierter Intoleranz.

ZEIT: Apropos Toleranz. Was halten Sie von dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuch für Lehrerinnen ?

Huber: Das Kopftuch ist jetzt nicht de facto erlaubt. Aber die Bundesländer können es nur verbieten, wenn sie Gründe für die Annahme haben, dass das Tragen des Kopftuchs den Schulfrieden stört. Dadurch wird leider der Schutz der Religionsfreiheit geringer.

ZEIT: Wieso?

Huber: In dem Augenblick, in dem eine Gruppe von Schülern oder Eltern einen Aufstand organisiert gegen eine kopftuchtragende Lehrerin, ist der Schulfrieden gefährdet. Dann bekommt inszenierte Empörung eine Verfügungsgewalt über die Religionsfreiheit der Lehrerin. Die Idee des Bundesverfassungsgerichts war eigentlich, die Religionsfreiheit hochzuhalten.

ZEIT: Lehnen Sie das Gesetz also ab?

Huber: Nein. Aber das Gericht nimmt seine eigene Absicht nicht ernst genug. Das gilt auch für seine Tendenz, religionsspezifische Inhalte nur noch im Religionsunterricht zu

erlauben. Was bleibt denn bei uns vom Kunst-, Musik- oder Literaturunterricht, wenn in diesen Fächern keine erkennbaren Prägungen durch die jüdisch-christliche Tradition mehr erlaubt sind?

ZEIT: Kein Brentano mehr!

Huber: Kein Mendelssohn oder Bach. Nicht einmal Marx! Denn er hat ja in seinen Frühschriften die Religion sehr positiv als Aufschrei der bedrängten Kreatur bezeichnet.

ZEIT: Das Christentum soll an Schulen nicht mehr privilegiert werden gegenüber dem Islam.

Huber: Unsinn! Wenn man etwas streicht, hat das eine andere Bedeutung, als wenn es nie drinstand.

ZEIT: Und was ist mit dem Kruzifix im Klassenraum?

Huber: Es wurde vom Bundesverfassungsgericht im Prinzip verboten.

ZEIT: Beim Kreuz geht es um die Wirkung des religiösen Symbols auf die Schüler, beim Kopftuch nur um die Bedeutung für die Lehrerin.

Huber: Das kann man nicht so trennen. Deshalb muss auch beim Kopftuch ein fairer Ausgleich zwischen der Religionsfreiheit der Lehrerin und dem Überwältigungsverbot hinsichtlich der Schüler geschaffen werden.

ZEIT: Haben wir beim Kreuz einen stärkeren Überwältigungsverdacht als beim Kopftuch?

Huber: Das Kreuz hat dann mehr Überwältigungspotenzial, wenn die staatliche Autorität mit dem Symbol identifiziert wird.

ZEIT: Deutschland hat eine lange Tradition der Trennung von Kirche und Staat. Wie kommt es, dass junge Menschen, die bei uns zur Schule gegangen sind, plötzlich ein Kalifat attraktiv finden und in einer Theokratie leben wollen?

Huber: Wir haben für die wechselseitige Unabhängigkeit von Staat und Religion vor knapp einhundert Jahren eine gute Lösung gefunden. Sie schließt die Theokratie definitiv aus. Nach ihr mögen sich Menschen sehnen, die in einer unübersichtlichen Welt schlichte Orientierung wollen. Unsere moderne Gesellschaft produziert mehr Fragen als Antworten, das ist anstrengend, deshalb suchen manche nach absoluter Verbindlichkeit. Und wenn sie die ultimative Antwort haben, dann meinen sie, alle anderen damit beglücken zu können. Notfalls mit Gewalt. An diesem Missbrauch religiöser Gewissheit muss man sie hindern – um der Religion und um der Menschen willen.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-06/wolfgang-huber-verhaeltnis-religion-staat>